

3. Digitalministerkonferenz

12. und 13.05.2025 in Ingelheim am Rhein

TOP 6.2

Beschluss

Schleswig-Holstein

Stärkung der Digitalen Souveränität in der Öffentlichen Verwaltung

1. Die DMK stellt fest, dass mit zunehmender Digitalisierung das Thema der digitalen Souveränität für den Staat an Bedeutung gewinnt. Der Staat muss die Kontrolle über die von ihm eingesetzten IT-Systeme behalten und Hoheit über die Daten seiner Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wahren.
2. Die DMK spricht sich dafür aus bestehende kritische Abhängigkeiten in der Öffentlichen Verwaltung zu reduzieren und den Weg in die digitale Souveränität konsequent fortzusetzen.
3. Dazu bittet die DMK den IT-Planungsrat, die bisherigen Aktivitäten und Ergebnisse hinsichtlich der Digitalen Souveränität in der/ einer der nächsten Sitzung/en vorzustellen. Auf dieser Grundlage soll sodann die Erstellung weiterer strategischer Leitlinien zur Digitalen Souveränität für die Öffentliche Verwaltung erörtert werden.
4. Die DMK bittet Bund und Länder, darauf hinzuwirken, dass der Einsatz von normierten und offenen Standards und offener Software sowie einer nachhaltigen IT dadurch gewährleistet ist, dass dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, die Beschaffung und der Einsatz von Open-Source-Software vorrangig vor proprietärer Software erfolgen soll. Vergaberechtliche Hemmnisse, die einem Vorrang entgegenstehen, sollen abgebaut werden.

5. Die DMK bittet den Bund das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) vollständig auszubauen und zu stärken und im Sinne der föderalen Kooperation die Teilnahmemöglichkeit für die Länder schnellstmöglich zu schaffen.